

Grundsatzaussprache zum Haushalt 2016 der Stadt Sindelfingen
CDU-Fraktion Walter Arnold
10. Mai 2016
(es gilt das gesprochene Wort)

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Vöhringer,
Herr Bürgermeister Gangl, Frau Bürgermeisterin Dr. Clemens,
Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren.

Der vor uns liegende Haushalt weist eine Besonderheit auf. Es ist der erste Doppelhaushalt mit dem wir uns beschäftigen und über den wir beraten. Wir haben schon jahrelang geliebäugelt diesen Schritt zu machen, waren aber durch die Berg- und Talfahrt beim Gewerbesteueraufkommen, dann doch geneigt und zum Teil auch gezwungen den Haushaltszyklus der Situation anzupassen.

Umso erfreulicher ist es, dass bei der Premiere des ersten Doppelhaushaltes für das Jahr 2016 von einer sehr positiven Ertragslage ausgegangen werden kann. Gesamterträge von rund 228 Mio. Euro davon 125 Mio. Gewerbesteuer, haben, wenn man die Vergangenheit betrachtet, Seltenheitswert. Aber schon das Jahr 2017 und die Folgejahre holen uns auf den Boden der Realität zurück.

Das für das Jahr 2017 angesetzte Gewerbesteueraufkommen von 62 Mio. € ist gerade mal die Hälfte des diesjährigen Ertrages. Nun kann man sich fragen hat die Verwaltung den Ansatz für 2017 zu niedrig angesetzt? Wir sagen dazu nein! Wir begrüßen ausdrücklich diese Vorgehensweise und unterstützen die von der Verwaltung zitierte „kaufmännische Vorsichtsprinzip der geprägten Haushaltsplanung“.

Sollten sich die Ansätze 2017 der Gewerbesteuer positiver entwickeln bzw. sollten uns 2016 unverhoffte Nachzahlungen erreichen, was sicher erfreulich wäre, so ist dies kein Grund neue Begehrlichkeiten zu entwickeln, sondern diese Gelder sind den Rücklagen zu zuführen, um die aufgezeigte Verschuldung in den Jahren 2018 und fortlaufenden Jahren so gering wie möglich zu halten oder gar ganz zu vermeiden.

Was das Inhaltliche des Haushaltes betrifft, so sind wir jetzt im fünften bzw. sechsten Jahr der doppelten Haushaltsführung und stellen fest, dass der Teil der Erläuterungen in vielen Teilhaushaltungen noch sehr dürftig ist. Was in den Anfängen sehr forciert wurde erweckt nun den Anschein, dass es fast nicht weiter vervollständigt wird. Hier erwarten wir weitere Ergänzungen um einfach mehr Transparenz zu erreichen.

Wenn von der Verwaltung von einer umsichtigen Haushaltsführung im Jahr 2015 gesprochen wird, dann gehört auch dazu, dass die Haushaltskonsolidierung weiter fortgesetzt werden muss.

Die Wahrnehmung ist aber anders. Die Standards und Ansprüche werden größer. Sich etwas zurücknehmen fällt uns allen schwer, daher sollten Gemeinderat und Verwaltung in der Zukunft was Kosten betrifft etwas kritischer und sparsamer sein. Uns ist bewusst, dass wir in der Vergangenheit auf Grund finanzieller Engpässe manche Investitionen oder Sanierungsmaßnahmen nicht durchführen konnten oder vor uns herschieben mussten. Darum begrüßen wir die im Haushalt für die nächsten zwei Jahre aufgezeigten Schwerpunkte der Investitionen.

Pro Jahr 20 Mio. für Baumaßnahmen sind deutliche Signale, dass wir Nachholbedarf haben und uns zugleich für die Zukunft entsprechend positionieren.

So sind die Investitionen, welche im Bereich Bildung und Betreuung getätigt wurden bedeutsam. Ob Kita oder Schule, wir sind gefordert den Veränderungen und Bedürfnissen unserer Gesellschaft gerecht zu werden.

Fast 14 Mio. € nehmen wir in den nächsten zwei Jahren in die Hand, um in diesem Bereich entsprechend aufgestellt zu sein. Um so mehr ist es für uns unverständlich, dass man nicht in der Lage ist sämtliche Schultoiletten zu sanieren. Daher werden wir beantragen, dass entsprechende finanzielle Mittel bereitgestellt werden, um an sämtlichen Schulen und Kitas in den nächsten zwei Jahren die noch anstehenden Sanierungsmaßnahmen der Toilettenanlagen durchzuführen.

Die Investitionen welche im Bereich Sport anstehen, fallen zum Großteil der Sanierung des Glaspalastes zu. Dass wir dieses Projekt angegangen sind, zeigt aber auch, dass es richtig war, diese über die Region hinaus bekannte Sportstätte zu erhalten und entsprechen den Erfordernissen zu gestalten.

Aber auch die übrigen Projekte im Sportbereich sind notwendig und finden unsere Unterstützung.

Was in der Vergangenheit leider oft nicht die gewünschte Beachtung fand, sind die Sportstätten welche vereinseigen sind und von den zuständigen Vereinen selbst betrieben und unterhalten werden.

Die Stadt gibt je nach Sportart und Einrichtung gewisse Zuwendungen, diese stehen aber in keinem Verhältnis gegenüber anfallenden Kosten, sowie den Nutzern welche städtische Einrichtungen zur Verfügung stehen.

Da die letzte Anpassung fast zehn Jahre her ist werden wir beantragen, dass die Verwaltung sich mit den Betroffenen abstimmt und die Zuwendungen so anhebt, dass es den Bedürfnissen gerecht wird.

Einem Antrag von der Interessengemeinschaft Sport, welcher beinhaltet, dass der vor Jahren ausgesetzte Verwaltungskostenbeitrag wieder eingeführt wird stehen wir offen gegenüber. Haben aber auf Grund der aufgezeigten mittelfristigen Finanzlage

Bedenken, ob dies der passende Zeitpunkt ist. Daher würden wir vorschlagen diesen Antrag auf Wiedervorlage 2017 oder 2018 zu stellen, denn dann ist es absehbar, ob man diesen Weg gehen kann und er auch Kontinuität hat.

Wenn diese Zuwendungen dem Sport erst zu einem späteren Zeitpunkt zur Verfügung stehen, ist dies mit Sicherheit für einen Großteil der Betroffenen keine Benachteiligung, denn was wir, wie schon erwähnt, momentan beim Sport investieren sowie die zukünftige Umsetzung der Sportstättenkonzeption, so kann man diese Maßnahme als einen Gewinn und Mehrwert für die Sporttreibenden Vereine ansehen, der seines Gleichen mit Sicherheit weit und breit nicht wieder zu finden ist. Was die Sportstättenkonzeption betrifft, egal welche Variante es betrifft, die CDU steht voll dahinter. Was uns bis zum jetzigen Zeitpunkt in der Lenkungsgruppe an Ergebnissen vorgestellt wurde, kann man als sehr ordentlich und zufriedenstellend bezeichnen. Konzeptionell mit den Betreibern abgestimmt vermittelt dies den Eindruck von einem guten Miteinander.

Wenn dann das gesamte noch mit Preisen hinterlegt ist und diese sich auch noch in einem vernünftigen Rahmen bewegen, so steht einer positiven Entscheidung bzw. Abstimmung im Gemeinderat vor den Sommerferien nichts mehr im Wege.

Eine weitere wichtige Sport- und Freizeiteinrichtung ist unser Badezentrum. Um da nicht in die Bedeutungslosigkeit zu fallen und Investitionen tätigen und dabei keinen Mehrwert zu erreichen, darum haben wir da Handlungsbedarf. So weiter zu machen wie bisher, Investitionen je nach Haushaltslage, oder teilweiser Rückbau und diverse Stilllegung z.B. Sauna, dies ist nicht der Weg den wir gehen wollen.

Die sogenannte mittlere Lösung mit einer entsprechenden Attraktivierung, Änderung der Betriebsführung als städtische Betriebsgesellschaft, eine zeitgemäße Ausrichtung in sämtlichen Belangen ist sicherlich ein gangbarer Weg. Es muss natürlich auch machbar sein mindestens 20 Mio. € zu investieren, der jährliche Abmangel wird sicherlich nicht kleiner werden.

Erhaltungs- und Instandsetzungsmaßnahmen werden uns ständig begleiten, sowie die Abschreibungen sind unserem Haushalt auch nicht förderlich.

Eine weitere Variante ist das Modell mit einem Partner. (PPP-Public-Private-Partnership-Modells). Durch einen festgelegten Betriebskostenzuschuss zur Sicherung eines sozialverträglichen Eintrittspreises, sowie die Sicherung bestehender Interessen von Schulen, Vereinen und Verbänden, hätten den Vorteil, dass zukünftig Haushaltssicherheit und Berechenbarkeit gegeben wären.

Weitere Voraussetzungen müssten sein: Erhalt der Badehalle mit der prägenden Dachlandschaft, Erhalt des wettkampfgerechten 50 m Beckens.

Vieles mehr muss vertraglich geregelt werden, um die kommunalen Interessen zu wahren und eine faire Risikoverteilung zu erreichen.

Die CDU steht für den Erhalt des Badezentrums und der Bäderlandschaft in der Gesamtstadt und den Teilorten.

Bäder dienen der Gesundheitsprävention, genauso auch dem Leistungssport :Beides unterstützen wir.

Unsere Verantwortung liegt auch in der Wirtschaftlichkeit einer solchen Einrichtung, dies soll nicht bedeuten, dass große Gewinne erzielt werden, sondern der Abmangel so gering wie möglich zu halten.

Daher sind wir für eine Weiterentwicklung des Badezentrums als Freizeit - und Erholungseinrichtung. Der Versuch muss es wert mit einem externen Partner ins Gespräch einzutreten, unsere Vorstellungen zu erläutern und dabei zu einem für beide Seiten zufriedenstellendem Ergebnis zu kommen. Bei einem Erfolg ist dies auch eine klare Positionierung für die heimische Wirtschaft. Von einer solchen Lösung profitieren die Gastronomie, das Hotelgewerbe, der Einzelhandel, sowie der gesamten Infrastruktur würde dies zu Gute kommen.

Eine weitere Aufgabe in den nächsten Jahren ist die Entwicklung und Gestaltung unserer Innenstadt.

Schwerpunkte sind dabei die Bebauung des Volksbank – und Postareals mit einem gesunden Mix von Handels-, Dienstleistungs- und Wohnflächenangeboten. Des Weiteren gehört die Gestaltung von Marktplatz, der Unteren Vorstadt, des Planiedreiecks sowie die Einbeziehung der Altstadt dazu.

All dieses soll geschehen unter Mitwirkung von Einzelhändlern, Gewerbetreibenden, beteiligten Bürgern sowie des Gewerbe - und Handelsvereins. Wichtig dabei ist der Dialog mit Betroffenen. Missverständnisse wie bei der banalen Verlegung von einem Taxistand sollten dabei vermieden werden.

Ein schweres Gewicht stemmen wir mit der Sanierung der Marktplatz Tiefgarage. Der aufgezeigte Zustand lässt einen Aufschub der Maßnahmen nicht zu. Abstützmaßnahmen, dadurch Sperrung und Reduzierung von Parkflächen können kein Dauerzustand sein. Je länger wir dieses Problem vor uns herschieben je größer wird der Schadensumfang und teurer die Sanierung.

Darum begrüßen wir die Einstellung entsprechender finanzieller Mittel, in baulichen Abschnitten das nicht billige und aufwendige Sanierungsprojekt Tiefgarage anzugehen.

Begrüßen und unterstützen würden wir auch einen Standort für ein Jugendcafe in der Innenstadt. Hier erwarten wir von der Verwaltung entsprechende Vorschläge.

Wichtig sehen wir auch die Schaffung zur Ermöglichung einer Wohngemeinschaft für Menschen mit hohem Hilfsbedarf in der Innenstadt.

In der Vergangenheit haben wir schon viel für die Sanierung unserer Straßen getan, doch in welchem Zustand sich manche Straßen befinden, sehen wir akuten Handlungsbedarf. Die dafür im Haushalt eingestellten Mittel sehen wir als ausreichend an, nur ob die Prioritätenliste noch den Gegebenheiten entspricht, da haben wir gewisse Zweifel.

Wichtig ist uns auch der weitere Ausbau des Radwegnetzes. Da in der Gesellschaft der Umstieg aufs Fahrrad immer stärker wächst inklusiv E- Bike müssen wir auch die Voraussetzungen schaffen, dass ein funktionales Radwegnetz zur Verfügung steht.

Große Defizite haben wir in unserer Stadt was den Breitbandausbau betrifft. Die Dateninfrastruktur wird dem Standort Sindelfingen nicht gerecht. Unsere Stadtwerke bemühen sich redlich bei sämtlichen Baumaßnahmen, sowie beim Ersetzen neuer Hausanschlüsse die entsprechenden Leitungsanforderungen zu schaffen, aber in der Gesamtheit ist das zu wenig. Daher beantragen wir, dass von der Verwaltung oder durch einen Dritten eine Bestandsaufnahme gemacht wird mit dem Ziel, wo sind wir wie aufgestellt, wo haben wir Handlungsbedarf und was muss getan werden, um eine deutliche Verbesserung zu erreichen.

Im Haushalt steht eine Planungsrate für eine Lärmschutzwand im Wohngebiet Grünacker, diese steht schon einige Jahre und wird von einem Haushaltsjahr ins andere geschoben, ohne dass dabei etwas geschieht, da erwarten wir, dass in diesem Jahr diese Gelder eingesetzt werden mit dem Ziel eine machbare Planung zu erhalten, welche auch mit entsprechenden Kosten hinterlegt ist.

Was den Stadteiltreff Viehweide in den Räumlichkeiten des ehemaligen Gemeindehauses am Hans Thoma – Platz betrifft interessiert uns der Verfahrensstand.

Ab 2016 stehen uns aus dem Förderprogramm des Bundes, soziale Stadt, entsprechende Fördermittel zur Verfügung welche auch je nach Investitionsstand abgerufen werden können, hier ist uns wichtig, dass wir nicht Gefahr laufen durch Zeitverzögerung im Bau gewisse Gelder nicht bekommen bzw. zurückzahlen müssen.

Auf was wir auch schon lange warten ist eine Konzeption was das Mittagessen in den Kitas betrifft. Da erwarten wir, dass wir zeitnah die entsprechenden Informationen erhalten.

Ein Dauerthema ist auch der weitere Ausbau der Ferienbetreuung, wo stehen wir da und was ist für die Zukunft vorgesehen. In diesem Zusammenhang sehen wir es für wichtig an, dass die Richtlinienförderung der Vereine fortgeschrieben werden muss.

Dies sind alles Fragen welche in den Sozialausschüssen abgehandelt und informiert werden soll. Da aber in der Vergangenheit Jugend- und Sozialausschuss, sowie der Ausschuss Bildung und Betreuung immer wieder abgesagt und verschoben wurde, ist auch den Ausschussmitgliedern die Plattform entzogen um entsprechende Diskussionen zu führen und erforderliche Fragen zu stellen. Da erwarten wir für die Zukunft, dass die im Sitzungskalender aufgeführten Sitzungen durchgeführt werden, sollte der Beratungsbedarf zu gering sein, so gibt es dennoch für die Beteiligten die Gelegenheit, ihre Anliegen und Fragen in entsprechender Runde zu platzieren.

Wir sehen auch die Notwendigkeit, dass bei der Diskussion in der Sache Jugend- und Kulturzentrum Handlungsbedarf besteht. Ob das Projekt Domo-Novo oder ein Zentrum auf dem Gelände der alten AOK zu realisieren, wir sind beiden Varianten aufgeschlossen und auch ergebnisoffen.

Entscheidend wird sein, was müssen wir investieren, wie wird es finanziert und wie hoch sind die Folgekosten bzw. in welcher Größenordnung werden sie unseren

Haushalt belasten. Wenn diese Kennzahlen vorhanden sind, dann kann man auch entscheiden, welche Variante umsetzbar ist.

Zufrieden sind wir auch über das Projekt Biennale. In ruhigem Fahrwasser angekommen und wie es sich abzeichnet auch einen guten Weg geht.

Die Gestaltung des Serenadenhofes ist für die Biennale 2017 vorgesehen. Wir könnten uns vorstellen, dass die Umsetzung auch schon 2016 erfolgt.

Ein überaus großes Thema ist die Flüchtlingssituation und die daraus resultierende Folgeunterbringung, welche vollständig in die Zuständigkeit der Kommunen fällt. Wie es sich darstellt ist es schon schwer, entsprechende Standorte für sogenannte Notunterkünfte zu finden. Ganz abgesehen von den finanziellen Mitteln, welche in den nächsten 2 Jahren rund 4,6 Mio. Euro betragen. Trotz allem sehen wir, was das Thema Flüchtlinge betrifft, die Folgeunterbringung als Kernaufgabe. Es ist uns wichtig, Bürgerkriegsflüchtlinge und politisch Verfolgte in die Gesellschaft zu integrieren. Die Akzeptanz der Bevölkerung zu erhalten und da, wo sie nicht vorhanden ist, zu schaffen.

Es ist auch Tatsache, dass die Kommunen bei Aufnahme, Unterbringung und Integration der Menschen die Hauptlast schultern und dass sie damit teilweise an ihre Leistungsgrenzen kommen. Ohne den selbstlosen Einsatz vieler ehrenamtlicher Bürgerinnen und Bürger wäre vieles nicht machbar. In diesem Zusammenhang sage ich unserem Arbeitskreis Asyl ein herzliches Dankeschön. Bund und Länder müssen die Kommunen bei Integrationsmaßnahmen besser unterstützen. Ebenso erwarten wir dass Bund und Land den sozialen Wohnungsbau mit Fördermitteln ankurbeln, damit Notunterkünfte und Gemeinschaftsunterkünfte Übergangslösungen bleiben und möglichst schnell genügend bezahlbarer Wohnraum für Flüchtlinge mit Bleibeperspektive wie auch für die einheimische Bevölkerung mit niedrigem Einkommen zur Verfügung steht.

In Sachen Wohnungsbau erlebt unsere Stadt und Region einen wahren Bauboom. Mit welcher Geschwindigkeit Allmendäcker 1 aufgesiedelt wurde ist nicht voraussehbar gewesen. Dies fordert uns Allmendäcker 2 einer früheren Bebauung zuzuführen. Trotz vieler kleinerer Bebauungen und Schließung vieler Baulücken ist Wohnraum knapp und teuer. Und schon richten sich viele Augen auf die Schaffung und Erschließung weiterer Baugebiete. Da ist erforderlich, dass Gemeinderat und Verwaltung sich zusammensetzen bzw. in Klausur gehen, um das zu thematisieren. Was wollen wir, wie stark wollen wir wachsen, wie verträglich ist die Verdichtung unseren Innenstadt, der Teilorte und der verschiedenen Stadtteile. Welche Infrastruktur ist erforderlich beim Anstieg der Einwohnerzahlen.

In diesem Zusammenhang unterstützen wir den interfraktionellen Antrag des Ortschaftsrates nach Einstellung einer Planungsrate über die städtebauliche Entwicklung und Rahmenplanung sowie der weiteren Verkehrsentwicklung für den Teilort Maichingen. Dass wir Bedarf an Wohnraum und Gewerbeflächen haben, ist unbestritten, doch sind wir auch gefordert mit dem hohen Gut des Grund und Bodens verantwortungsvoll und sorgsam umzugehen.

Aufgrund hoher Personalfrequenz in Glaspalast und Sportwelt beantragen wir die Anbindung des Glaspalastes an das öffentliche Personennahverkehrsnetz (ÖPNV).

Des weiteren beantragen wir die Bezuschussung von Streuobstbäumen zu verdoppeln. Es sind im Haushalt 10.000 Euro eingestellt, das würde bedeuten, dass 400 Bäume gepflanzt werden. Dies ist in der Vergangenheit in keinem Jahr der Fall gewesen. Da ein Hochstammbaum mit durchschnittlicher Güte und Qualität bis er gepflanzt ist 100 Euro kostet ist es gerechtfertigt, dass der Zuschuss auf 50 Euro festgelegt wird.

Unsere städtischen Tochterunternehmen, Beteiligungen und Zweckverbände sind ihren Aufgaben mehr als gerecht geworden. Sie haben eine gute, wertvolle Arbeit erbracht und haben zu der zufriedenstellenden Haushaltssituation erheblich mit beigetragen. Einzelne Positionen in den Teilhaushalten werden wir bei den Beratungen in den Ausschüssen ansprechen. Neue Anträge werden als Bestandteil der Haushaltsberatungen mit eingebracht.

Zum Schluss darf ich mich bedanken bei unseren vielen Bürgerinnen und Bürgern, welche sich auf den verschiedensten Feldern ehrenamtlich einbringen und deren Arbeit unverzichtbar ist, sowie bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern unserer Verwaltung für ihren Einsatz, insbesondere bei denen, die bei der Erstellung dieses Haushaltes mitgewirkt haben.

Uns allen wünsche ich gute und konstruktive Beratungen und bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.